

**Meine sehr verehrten Damen und Herren des Stadtrates,
liebe Kolleginnen und Kollegen Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,**

„Die Welt brennt“, hat es vor kurzem eine eigentlich für ihre Zurückhaltung bekannte deutsche Wochenzeitung auf den Punkt gebracht. „Bei uns brennt es noch nicht“, denken wir, irgendwie erleichtert. Doch ist dem so? Ich habe die aktuelle Lage am Volkstrauertag anlässlich der Einweihung des komplett sanierten Ehrenmals auf dem Friedhof Noswendel so skizziert: Alles hängt zusammen in diesen Tagen. Krieg, Flucht und Vertreibung korrelieren mit religiösem Fanatismus, blinder Imperialismus destabilisiert politische Gefüge und wirtschaftliche Geflechte. Eine hoch differenzierte bürokratische Welt ist nicht in der Lage, angemessen auf Ereignisse zu reagieren, die sich außerhalb ihres Regelwerks etablieren. Und wir sind mittendrin, haben nur allzu oft das Gefühl, dass kein Rad mehr runddreht, dass das Fremde unsere gewohnte Welt überflutet und dass unser Wohlstandsleben ein jähes Ende findet.

Das Gefühl einer weit verbreiteten Weltuntergangsstimmung trägt nicht. Und trägt doch. Es ist komplizierter. Lassen Sie mich in meinem Jahresrückblick auf die vergangenen zwölf Monate die kleine Welt mit der großen Welt verzahnen. Es gibt mehr Zusammenhänge, als man gemeinhin denkt.

Bleiben wir beim Thema Flüchtlinge. Der Strom reißt nicht ab. Wir tun unser Möglichstes, die Menschen, die uns – das Wort wird im Amtsdeutsch gebraucht – „überstellt“ werden, in Wohnungen, in Häusern unterzubringen. Mittlerweile haben wir weit über 100 Unterkünfte angemietet, eine Zahl, die manche Wohnungsbaugesellschaft nicht aufweisen kann. Wie überall in Deutschland sind wir jetzt allerdings an einem Punkt angekommen, wo wir, wenn wir nicht dauerhaft und umfassend Mehrzweck-, Sport- und Festhallen belegen wollen, auf Mobile Wohnanlagen ausweichen müssen. Etwas weniger beschönigend Container genannt. Es könnte sehr bald sein, dass in vielen Ortschaften unserer Stadt mobile Wohnsiedlungen entstehen. Da wir gesetzlich verpflichtet sind, die

Menschen, die uns „überstellt“ werden, unterzubringen, ist dieser Weg alternativlos. Zumal, auch aufgrund der Eskalation im Nahen Osten, kein Ende des Flüchtlingsstroms in Sicht ist.

Wir bemühen uns als Stadt seit 2015 neben der reinen Unterbringung von Schutzsuchenden auch um eine Integrationsperspektive für die zu uns kommenden Menschen. Das im Sommer dieses Jahres vom Landkreis als „Stiller Star“ ausgezeichnete „Bündnis für Interkulturelles Zusammenleben“ leistet hier – von Deutschkursen bis „Freitagsküche“ – vorbildliche Arbeit, kann aber mit seinen umfassenden Bemühungen doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein.

Klar können Land und Bund sagen, die Unterbringung von Geflüchteten ist Sache der Kommunen. Wenn staatliche Instanzen aber wissen, dass die Gemeinden das weder finanziell noch personell stemmen können, dann ist eine solche Haltung verantwortungslos und im Übrigen auch kurzfristig. Jenseits der Frage, ob nicht in der Tat der Zuzug von Menschen umfassend und möglichst rasch gesetzlich geregelt werden muss, stellt sich nämlich auch die Frage, ob die Nicht-Integration von Schutzsuchenden, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund, nicht ein Zeichen der sich schleichend breitmachenden Handlungsunfähigkeit des Staates bei der Aufnahme der Menschen in unser Gesellschaftsgefüge ist. Es ist dramatisch, dass die Frage, was mit all diesen Menschen geschehen soll, die auf lange Dauer in von uns angemieteten Wohnungen darauf warten, entweder arbeiten oder sich fortbilden zu können oder schlicht und ergreifend eine Perspektive aufgezeigt zu bekommen, unbeantwortet bleibt. Und das angesichts eines Arbeitsmarktes, der händeringend nach Fachkräften sucht und im Wissen um die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft, die uns in nicht allzu ferner Zukunft vor massive Herausforderungen stellen wird. Statt gemeinsam nach pragmatischen Lösungen im Sinne aller zu suchen, wird auf unsere Gesetzgebung und unser Regelwerk verwiesen. Wir schaffen es als Land nicht mehr, angemessen auf die Situation zu reagieren, uns neu zu erfinden, uns zu verändern. Man fragt sich manchmal wirklich, ob die Regeln eigentlich für die Menschen da sind oder die Menschen für die Regeln.

Ich habe es eben gesagt: Die kleine Welt hängt mit der großen zusammen, und zwar wesentlich mehr, als wir gemeinhin vermuten. Nehmen wir die Beispiele Inflation und Zinsen. Der Saarländer liebt sein Eigenheim, was jetzt für viele zum Problem wird. Weil es, wenn vorhanden, geheizt und unterhalten werden muss,

und wenn nicht vorhanden, kaum noch zu finanzieren ist, weil die Baukosten und die Zinsen parallel dramatisch gestiegen sind, was in der Bundesrepublik in diesem Ausmaß noch nicht vorgekommen ist.

Die Einwohnerzahl der Stadt Wadern ist über die letzten Jahre mit rund 16.000 Personen relativ konstant. Wir stellen jedoch fest, dass immer mehr Menschen aus den Ballungsräumen des südlichen Saarlandes zu uns ziehen wollen, Eigenheime kaufen oder nach Bauplätzen fragen. Letztere haben wir noch. In Nunkirchen wird seit einiger Zeit an „Newer“ gebaut, in Steinberg kann seit dem 7. Oktober 2022 „Am Scharfenberg“ gebaut werden. In Löstertal haben wir am 23. Oktober den ersten Spatenstich für die Erweiterung des Siedlungsgebiets „Nördlich der Schnorrbergstraße“ vorgenommen. Auch im Stadtteil Wadern zeichnet sich ab, dass wir mit dem Neubaugebiet „Katzenrech“ auf absehbare Zeit noch mehr Menschen in den attraktiven Kernort bringen können. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Nun kann man sich trefflich fragen, ob der Traum vom Eigenheim noch in unsere Zeit passt. Fakt ist jedoch, dass selbst im ländlichen Raum heute kleiner und ökologischer gebaut wird als früher. Und nicht jeder möchte unbedingt in Völklingen, Homburg oder Saarbrücken wohnen, aus welchem Grund auch immer. Ein Mittelweg muss gefunden werden. Ein Mittelweg, der einen geringen Platzverbrauch mit einer gesellschaftspolitisch vertretbaren Entwicklung verbindet. Nur so schaffen wir einen dauerhaften Ausgleich – vor allem zwischen Stadt und Land. Die einseitige Ballungsraumzentrierung muss der Vergangenheit angehören. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein grundgesetzlich verbrieftes Staatsziel, das für jeden Winkel dieses Landes gilt. Also auch für uns!

Schaut man sich den von der Landesregierung nach X-Jahren endlich fortgeschriebenen Landesentwicklungsplan Siedlung an, dann bedarf es keines Experten, um festzustellen, dass es in Zukunft kaum noch möglich sein wird, Neubaugebiete im klassischen Sinne zu erschließen. Neben den Baulücken, die in Gebieten mit Bebauungsplan vorhanden sind, werden nach den Plänen aus Saarbrücken in Zukunft auch Baulücken in Altgebieten ohne Bebauungsplan auf die Baulückenbilanz angerechnet. Das ist ein Desaster, insbesondere für Bauherren, aber auch für die Entwicklung im ländlichen Raum ganz allgemein. Hier fordern wir als Stadt mehr Differenzierung und mehr Rechte für Regionen jenseits der Ballungszentren. So, wie der Entwurf des Landesentwicklungsplans Siedlung jetzt aussieht, kann man durchaus die Frage stellen, ob er dem

grundgesetzlich verbrieften Recht auf kommunale Selbstverwaltung noch gerecht wird. Es würde mich nicht wundern, wenn am Ende Gerichte bemüht werden müssten.

Was für den Wohnraum gilt, gilt auch für Gewerbeflächen. Wollen wir Entwicklung, brauchen wir Platz für eben diese Entwicklung. Gut, dass wir am 23. September den dritten Abschnitt des Gewerbeparks „Am Hals“ seiner Bestimmungen übergeben durften und der Stadtrat fast parallel den Aufstellungsbeschluss für den vierten Abschnitt gefasst hat. Denn im gerade „in Betrieb“ genommenen dritten Bauabschnitt des Gewerbeparks sind alle Grundstücke bereits vergeben. Ob und wann der vierte Bauabschnitt am Kaisergarten erschlossen werden kann, wird die weitere Entwicklung zeigen. Auch in südliche Richtung ist das Gewerbegebiet „Am Hals“ noch erweiterbar. Entsprechende Untersuchungen laufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier nicht Gottes Wasser über Gottes Land laufen lassen, sondern haben proaktiv und professionell eine Studie zum Wohnbau- und Gewerbeflächenmanagement erstellen lassen. Diese wurde am 13. Juli vom Stadtrat einstimmig für gut befunden und wird uns jetzt – auch und gerade im Hinblick auf die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans – als wichtiger und fundierter Leitfaden in einer schwierigen, landesweiten Diskussion dienen.

Das Große hängt mit dem Kleinen zusammen, und das gilt auch und ganz besonders für die Gesundheitspolitik. Nach der St.-Elisabeth-Klinik in Wadern im Jahr 2017 und dem St.-Joseph-Krankenhaus in Losheim im Jahr 2020 steht nun mit dem SHG-Klinikum Merzig das letzte Krankenhaus im Landkreis Merzig-Wadern auf der Kippe: Insolvenzantrag, Schutzschirmverfahren, Restrukturierung – Gynäkologie, Geburtshilfe und Psychiatrie sind weg oder dezimiert, trotzdem gibt es Millionenverluste, bis die genaue Ausgestaltung von Lauterbachs Krankenhausreform, von der bis dato niemand Kenntnis hat, greift. Die Defizite soll der Landkreis zahlen, da die Klinik vom Land – anders als Wadern und Losheim – als bedarfsnotwendig eingestuft wird. Der Landkreis leitet die Millionenbeträge an seine Kommunen weiter. Obwohl diese kaufmännisch gesehen ohnehin fast alle pleite sind, haben sie kein Mitspracherecht, müssen aber trotzdem zahlen. Bereits jetzt können sie kaum ihren Pflichtaufgaben nachkommen und ob die Restrukturierungsmaßnahmen in Merzig überhaupt funktionieren werden, weiß heute niemand. Die

Defizitübernahme wurde jedenfalls vom Kreistag am 14. November beschlossen. Ausgang für uns alle ungewiss.

Wir haben in Wadern einen Vorschlag erarbeitet, wie eine Portalklinik helfen könnte, sowohl die Situation vor Ort zu entschärfen als auch die Situation der Klinik in Merzig – durch Patientenüberweisung dorthin – zu verbessern. Die SHG war uns hier bislang ein guter Partner, der aber angesichts der finanziellen Schieflage seines Klinikums in Merzig gerade andere Sorgen hat als die Entwicklung in Wadern. Obwohl es angesichts des Umstandes, dass nur knapp 20 Prozent der Menschen in unserem Landkreis die Dienste des SHG-Klinikums in Merzig in Anspruch nehmen, eigentlich ein zwingendes Anliegen der Sanierer sein müsste, über Konstrukte wie den in Wadern geplanten Satelliten jene Art von Kundenbindung zu betreiben, die all die Jahre sträflich versäumt wurde. Ich mache es mal deutlich: Wir werden hier in dieser Stadt nicht auf die Einrichtung einer Portalklinik verzichten. Wir wollen dieses von Experten und Gesundheitspolitikern hochgelobte Projekt durchziehen. Das Land hat hier Investitionsgelder in zweistelliger Millionenhöhe zur Verfügung gestellt und die wollen wir auch nutzen. Mit welchem Partner am Ende auch immer. Sie dürfen gewiss sein, dass die „Bürgerinitiative Nordsaarlandklinik“ exakt die gleiche Position vertritt und wir auch genau in diese Richtung arbeiten. Aufgeben gilt nicht, schon gar nicht in einer so existenziellen Frage wie der der medizinischen Versorgung.

Aber noch einmal zurück zu den Geschehnissen in Merzig. Wenn wir als Kommunen schon die Zeche zahlen sollen, dann wollen wir auch ein Mitspracherecht über die weitere Entwicklung dort. Und auch darüber hinaus. Das heißt im Klartext: Die Städte und Gemeinden müssen mitentscheiden können, wie der Klinikstandort weiterentwickelt wird. Eine Neukonzeption des SHG-Klinikums Merzig muss die Erstellung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts für die medizinische Versorgung im Landkreis Merzig-Wadern beinhalten. Das bereits konzeptionierte Projekt SHG-Klinikum Hochwald am Standort Wadern mit dem Schwerpunkt der ambulanten Versorgung muss integraler Bestandteil der Neukonzeption des Standorts Merzig werden. Ebenso der Ausbau der Versorgungsstrukturen in den anderen Gemeinden über Medizinische Versorgungszentren.

Kommen wir noch auf das Thema Finanzen zu sprechen. Die aus dem Defizit der Krankenhausfinanzierung auflaufenden Kosten, die im Normalfall über die Kreisumlage von den Städten und Gemeinden im Landkreis finanziert werden

müssen, dürfen weder die ohnehin sehr schwachen Investitionsmöglichkeiten der Kommunen schmälern noch auf den Saarlandpakt angerechnet werden. Passiert das doch, dreht in kaum einer Kommune im Landkreis noch ein Rad rund. So viel steht fest.

Auch unsere Rechnung würde dann nicht mehr aufgehen. Die Stadt Wadern investiert laut Haushaltsplan 2023 11,4 Millionen Euro. Eine gigantische Summe, wenn man weiß, dass wir eigentlich in unserer Finanzplanung kaum Spielraum haben. Dass wir trotzdem so viel möglich machen können, hat etwas damit zu tun, wie wir das Geld einsetzen.

Wir schauen grundsätzlich, ob wir für Problemstellungen Fördergelder erhalten können. Diesen Bereich haben wir professionalisiert und tun gut daran, ihn personell zukunftsicher aufzustellen. Denn fast alle Maßnahmen in unserem Haushalt sind über Förderungen verschiedenster Art querfinanziert. Ein paar Beispiele machen das augenfällig: Am 16. November fiel der Startschuss für die bis 2025 abzuschließende Sanierung des Dora-Rau-Bads. Neun Millionen Euro (bei denen es meiner Meinung nach nicht bleiben wird) werden hier nach aktuellem Stand der Dinge gebraucht. 3,3 Millionen Zuschuss gibt der Bund. Das macht er aber nicht, weil wir so nett sind oder die ersten waren, die gefragt haben, sondern weil wir ein klares – auch aus energetischer Sicht – zukunftsweisendes Konzept aufweisen konnten, unser Bad fit zu machen. Wer Förderung will – und wir sind zwingend in allen Bereichen darauf angewiesen – kommt nicht drum herum, den unfassbaren bürokratischen Auflagen gerecht zu werden. Wir haben uns hier spezialisiert. Gut so. Und trotzdem ist jedes Förderprojekt eine neue Herausforderung, die auch personell in der Verwaltung abgebildet werden muss.

Davon kann meine Bauabteilung ein Lied singen. Neben dem Einbau von Lüftungsanlagen in etlichen Gebäuden, war es vor allen Dingen das Projekt „Klimaanpassung sozialer Einrichtungen“, das Geld, Zeit und viele Nerven gekostet hat. Hinter der kryptischen Formulierung „Klimaanpassung sozialer Einrichtungen“ verstecken sich 3,7 Millionen Euro Zuschuss, ergänzt durch rund 412.000 Euro Eigenanteil, mit denen wir unsere Schulgebäude und zwei Kitas fit machen und an die Folgen des Klimawandels anpassen.

In der Grundschule Wadrill, der Grundschule Steinberg, der Grundschule Lockweiler, der Grundschule Nunkirchen und im FGTS-Gebäude in Lockweiler wurden in den letzten 17 Monaten Maßnahmen durchgeführt, die den

„thermischen Komfort“ verbessern und Energieeinsparungen zur Folge haben. Dazu zählen der Einbau von ALU-Fenstern mit Sonnen- und Wärmeschutzverglasung sowie isolierender Mehrfachverglasung, Vollwärmeschutz der Fassaden und Maßnahmen zur Verschattung durch die Installation von Sonnenschutzvorrichtungen. Zudem wurden bei den Kindertagesstätten in Löstertal und Büschfeld Sonnenschutz-Pergolen angebracht und ein überdachter Außenbereich außen eingerichtet, damit die Kinder beim Spielen vor der Sonne geschützt sind.

Die Projektlaufzeit und somit der Zeitraum, in dem alle Maßnahmen abgeschlossen sein müssen, war mit 15 Monaten – verlängert auf 17 Monate – sehr, sehr sportlich. Das Ganze war ein Kraftakt sondergleichen, der durch die äußeren Bedingungen – als Stichworte seien nur Preissteigerungen am Bau und Handwerkerangel genannt – zu einer Herkulesaufgabe geworden ist. Und doch haben wir es geschafft.

Schön auch, dass wir im Frühjahr das neue Gebäude, das seither die Freiwillige Ganztagsgrundschule beherbergt, am Standort Nunkirchen beziehen konnten. 1,52 Millionen Euro wurden hier investiert. Offiziell gefeiert wurde die „Inbetriebnahme“ des Gebäudes am 23. November, weil wir das Ende der sonstigen Umbaumaßnahmen am Grundschulstandort Nunkirchen abwarten wollten.

Die Herkulesaufgabe geht indes weiter. Zu wenig Raum für zu viele Schüler, kurzfristig neu definierte Klassenteiler, die einen größeren Raumbedarf nach sich ziehen, mehr notwendige Förderräume: die Liste der Wünsche ist lang, unsere Möglichkeiten sind allerdings sowohl finanziell als auch personell beschränkt. Stellt man das jetzt von der Landesregierung vorgestellte Schulbauprogramm neben unsere eigenen, oft ja auch mit Geldern aus den verschiedensten Fördertöpfen getätigten Investitionen, wird klar, wo das Problem liegt. 205 Millionen Euro will die Landesregierung für Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen an allen (also auch den weiterführenden Schulen) im Land zur Verfügung stellen. Rein rechnerisch sind das rund 1,27 Millionen Euro pro Schule. Der Saarländische Städte- und Gemeindetag hat aber allein für die 162 Grundschulen im Land einen Investitionsbedarf von rund 700 Millionen Euro ermittelt.

Die Folge der Schönrechnerei: Alle Kommunen stehen in Sachen Platzbedarf an Grundschulen mit dem Rücken zur Wand. Und mieten oder kaufen Container –

oder vornehmer formuliert: Raummodulanlagen. Wir übrigens auch! In Lockweiler gibt es seit Jahren welche, am Standort Steinberg wohl ab Sommer 2024. Nun sind Raummodulanlagen an sich keine schlechte Sache, es gibt sie, je nach gewählter Variante und Preis, in einfach oder in Komfortqualität.

Der Haken an der Sache ist, dass andere bestellen und wir bezahlen. Wer den Klassenteiler ändert, muss auch Geld für die Herrichtung von mehr Räumen geben. Klingt logisch! Oder? Wer, wie Bund und Länder, ab 2026 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Freiwilligen Ganztagschule verbrieft, sollte dafür bitte auch in Gänze aufkommen. Passiert aber nicht. Die Kommunen werden mit einer riesigen Finanzierungslücke allein gelassen. Abgesehen von der Kurzfristigkeit, mit der neue Räume oder gleich ganze Gebäude realisiert werden sollen.

Was für die Schulen gilt, gilt genauso für die Kindertagesstätten, wo die eigentlich begrüßenswerte Beitragsabschaffung zu einem Anmelde-Run auf Plätze führt, wo am Ende aber viel weniger Kinder dieses Angebot nutzen werden. Anmelden ist sicher, es kostet ja nichts. Das ist die Devise, die landauf, landab propagiert wird und die die Lage bei der Betreuung der Kleinsten – zum Beispiel aufgrund mangelnder Krippenplätze – noch zusätzlich verschärft. Wir versuchen hier im Rahmen unseres dynamischen Kita-Konzepts gegenzusteuern, aktuell konkret mit Neubauprojekten in Noswendel und Morscholz, aber auch mit dem Umbau der Kindertagesstätte in Dagstuhl zu einer reinen Krippe. Auch hier steckt der Teufel im Detail, in Genehmigungsfragen, in mangelnden personellen Ressourcen, aber auch in der Frage, wie wir – Sonderkredite hin, Sonderkredite her – angesichts der Vorgaben eines Saarlandpaktes diese Mammutprojekte überhaupt wirtschaftlich stemmen können.

Die Erwartungshaltung der Eltern und ihrer Kinder steht damit im Gegensatz zu den personellen und finanziellen Ressourcen der Kommunen. Wasser auf die Mühlen all jener, die ohnehin der Auffassung sind, dass in diesem Land kein Rad mehr rund dreht. Die Politikverdrossenheit wird davon sicher nicht kleiner.

Und trotzdem machen wir weiter. Unterziehen beispielsweise unsere Kindertagesstätten einem Qualitätsmanagemententwicklungsprozess. Hinter dem Wortungetüm verbirgt sich eine großartige Leistung der Einrichtungen und der unbändige Wille, noch besser zu werden. Das Gleiche gilt für uns als Schulträger. Die Stadt Wadern braucht sich, was ihre Schulgebäude und deren

Ausstattung angeht, weiß Gott nicht hinter anderen Kommunen zu verstecken. Wo andere reden, machen wir. Das hakt dann manchmal auf der Baustelle vor Ort, aber wir erreichen unser Ziel. Beispiel gefällig: Unsere Klassenzimmer sind „digital aufgestellt“, elektronische Tafeln, iPads etc. inklusive!

Unsere Stadt ist lebens- und liebenswert. Das wissen auch immer mehr Urlauber zu schätzen, die nicht nur immer zahlreicher werden, sondern auch immer länger bleiben. Die durchschnittliche Verweildauer der Besucherinnen und Besucher bei uns steigt stetig. Das ist nicht zuletzt unserem unermüdlichen Engagement in Sachen Tourismus geschuldet. Die Tourist-Information der Stadt Wadern hat inzwischen eine Service-Q-Zertifizierung, die Prospektauslage im Rathaus wurde komplett neu konzeptioniert. Sie wird ergänzt durch die Präsentation der „Ebbes-von-Hei“-Produkte, inklusive direkter Einkaufsmöglichkeit.

Der Urlaub im Hochwald ist attraktiv. Eine Ferienwohnung nach der anderen wird uns gemeldet, das Beherbergen und Bewirten von Gästen ist ein echter Wirtschaftsfaktor geworden. Kein Wunder, dass die Stadt Wadern vom Internetportal „Die Reisereporter“ zu einer der schönsten Kleinstädte Süddeutschlands gewählt wurde. Wer bei uns sanften Tourismus, sei es zu Fuß oder per Rad, sucht, wird fündig. Wir arbeiten – in engster Zusammenarbeit mit der Saarschleifenlandtouristik – ständig daran, noch besser zu werden.

Ein wichtiger Schritt in diesem Jahr war die Inbetriebnahme eines „Trekkingcamps“, einer Übernachtungsplattform, in der Nähe der Hochwaldalm und damit ganz nah am Saar-Hunsrück-Steig. Ein weiterer wichtiger Moment: die Wiedereröffnung des Stadtmuseums, das nach Corona-Pause und Umzug am 13. September im Ausweichstandort „Posthaus Klauck“ wieder Groß und Klein, Jung und Alt mit der Geschichte unserer Region vertraut macht. Der Umzug unseres Stadtmuseums ist deshalb nötig geworden, weil das Oettinger Schlösschen am Kleinen Markt umfassend und von Grund auf saniert werden muss – um es salopp auszudrücken, neben einem Dach - nun auch noch einen Wasserschaden hat. Hier besteht umfassender Handlungsbedarf, kleine Lösungen greifen zu kurz. Um herauszufinden, was wir wie tun sollten und können, hat der Stadtrat einen entsprechenden Planungsauftrag an ein renommiertes Architekturbüro vergeben.

Wenn uns Gäste besuchen, dann zum einen, weil sie hier Urlaub machen wollen. Sie kommen aber auch, weil die Stadt Wadern ihnen – in Kooperation mit

anderen oder allein – ein Veranstaltungsprogramm bietet, das so anderswo so nicht geboten wird. Vom „Waderner Musiksommer“, der in diesem Jahr erstmals auch nicht-städtische Gigs und Konzerte umfasst hat, und der „Waderner Buchwoche“ über „das Familienfest im Stadtpark“, Nikkis Raver-Events für Kids und Erwachsene und das „Märchenreise“ auf Burg Dagstuhl bis hin zum „Waderner Wildmarkt“ und der „Waderner Weihnacht“ – unser Programm bietet für jeden was. Für Groß und Klein, für Jung und Alt, für Einheimische wie für Fremde.

Gerade der Weihnachtsmarkt in Wadern hatte vergangenes Jahr für Diskussionen gesorgt. Eben weil er nicht mehr stattgefunden hat. Dabei war der Markt noch nie eine städtische Veranstaltung. Und ist es auch jetzt nur zu einem kleinen Teil. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsverband Wadern/Weiskirchen nutzen wir das Event am kommenden Wochenende als Auftakt der Weihnachtsmarktsaison in unserer Stadt. Der Markt vor herrlicher Kulisse im Stadtzentrum soll ein Bindeglied sein, die Klammer, die die Weihnachtsmärkte der kommenden Wochen in Bardenbach, Nunkirchen, Noswendel und Löstertal verbindet. Der Nikolaus-Express des WVV geht von hier aus auf Tour durch alle Stadtteile der Stadt Wadern, aber auch durch alle Ortsteile der Gemeinde Weiskirchen. Gelebtes Miteinander eben. Mein herzlicher Dank gilt neben dem WVV auch der Sparkasse Merzig-Wadern, die das Auftaktevent zur Weihnachtsaison sponsert.

Wir waren eben beim Fahrrad. Und kehren thematisch noch einmal kurz dahin zurück. Für den Radtourismus – aber auch für die tägliche Fahrt mit dem Rad von A nach B – sind gut ausgebaute, bequeme Radwege ein Muss. Und deshalb unverzichtbar, wenn sich das Rad innerorts und zwischen den Orten unserer Stadt als ökologische Alternative zum Auto etablieren soll. Im Bereich des Alltagsradverkehrs konnte mit dem Lückenschluss der Radstrecke zwischen Nunkirchen und Niederlosheim, der am 13. April offiziell eingeweiht wurde, nach einer gefühlten Ewigkeit ein wichtiger Meilenstein erreicht werden. Da fast alle Radwege, die wir für den Alltagsradverkehr brauchen, an Land- oder Bundesstraßen liegen, liegt die Zuständigkeit für die Umsetzung der Radwege fast immer beim Landesbetrieb für Straßenbau. Wir sind also nur Zaungast, mischen uns aber trotzdem ein. Sei es bezüglich des Ausbaus des Abschnitts Primstal-Krettnich-Bardenbach in Asphalt oder mit Blick auf die Lückenschlüsse zwischen Büschfeld und Bardenbach, Nunkirchen und Bardenbach, Thailen und Wadern sowie Löstertal und Wadern. All diese Strecken haben wir zum Ausbau nach Saarbrücken gemeldet. In manches Teilprojekt ist Bewegung gekommen,

bei anderen sind noch Bretter zu bohren. Lockerlassen werden wir nicht. Auch und gerade, weil dem Rad, und hier besonders der elektrischen Variante, eine ganz besondere Bedeutung als Kurzstreckenersatz für das Auto zukommt.

Dem Motto folgend „Mehr Zweirad wagen“ wollen wir demnächst ein Radverkehrskonzept erstellen lassen. Wir wollen wissen, wie unsere Stadt im Detail ausgestattet sein muss, um dem Fahrrad die Zukunft zu geben, die es auch aufgrund der technischen Entwicklung haben kann. Und selbstverständlich versuchen, die Bedürfnisse des Alltagsradverkehrs mit denen des Tourismus zu verbinden. Auch aus diesem Grunde werden 2024 zwei Radabstellanlagen im Kernort Wadern installiert werden. Eine auf dem Oettinger Platz hinter dem Rathaus, eine andere am Zentralen Omnibusbahnhof.

Apropos Busbahnhof. Der wird schon sehr bald einem kompletten Face-Lifting unterzogen, also komplett neugestaltet. Mit modernen Anzeigetafeln und neuen Wartehäuschen, mit der eben erwähnten Radabstellanlage und funktionaleren Busspuren. ÖPNV soll und muss attraktiver werden. Auch deshalb arbeiten wir an einem entsprechenden Modellprojekt auf Landkreisebene aktiv mit.

In neuem Gewand wird sich Mitte 2024 auch der Stadtpark präsentieren. Nach umfangreichen Planungen und noch umfangreicheren Abstimmungsgesprächen steht das Projekt, das rund 425.000 Euro kosten wird. Geld, das wir nicht allein aufbringen müssen, sondern das zu einem großen Teil aus der Städtebauförderung kommt. Der fehlende Betrag wird weitestgehend über eine Bedarfszuweisung des Innenministeriums gestemmt, so dass am Ende nur noch rund 71.000 Euro von uns selbst aufzubringen sind. Ein schöner Verhandlungserfolg, der ein Projekt möglich macht, das ansonsten angesichts der finanziellen Situation der Stadt nicht zu realisieren gewesen wäre.

Das Beispiel zeigt: Wir versuchen, aus dem wenigen Geld, das uns zur Verfügung steht, möglichst viel zu machen. Und zapfen dafür alle möglichen Töpfe an. Nur so konnten wir behilflich sein, die beiden Kunstrasenplätze in Wadern und Bardenbach, aber auch die Umrüstung einiger Sportplatzbeleuchtungen auf LED zu finanzieren. Und nur so konnte das Mehrgenerationenhaus Überlosheim realisiert werden. Während die Einweihung hier für Frühjahr 2024 geplant ist, wird es in Löstertal noch etwas länger dauern. Die Sanierung der dortigen Mehrzweckhalle war dieses Jahr mehrmals Thema im Stadtrat. Auch nach Abzug

der Höchstfördersumme von rund einer Million Euro bleibt nach aktueller Kostenschätzung ein Betrag von rund 655.000 Euro, den wir selbst finanzieren müssen.

Wünsche, ein eigenes Dorfgemeinschaftshaus zu bekommen, werden auch in Noswendel laut und deutlich artikuliert. Dort wird momentan auf Vorschlag der Verwaltung ein Dorfentwicklungskonzept erstellt, das einen Weg aufzeigen soll, den Tourismusstandort Noswendel mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger des Ortes zu verbinden. Ein ebenso spannender wie herausfordernder Spagat, der aber nicht darüber hinwegtäuschen soll, dass ein neues – oder wahlweise auch angebautes – Bürgerhaus nicht unter zwei Millionen Euro zu bekommen sein wird. Mehr als eine Förderung von einer Million ist nicht drin, womit das Dilemma offenbar ist. Geld ist überall knapp und wird es auf absehbare Zeit auch bleiben.

Das spürt auch die Feuerwehr. Zwar wurden auch in diesem Jahr an vielen Feuerwehrgerätehäusern Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Dennoch brauchen wir in Nunkirchen und Löstertal auf lange Sicht neue Gebäude und in Wadrill einen Anbau an das bestehende Gerätehaus. Alles ist miteinander verknüpft. Rechnet man nur die Kosten für die Neubauten bzw. den Anbau zusammen, sind wir bei einer Investitionssumme von weit über sechs Millionen Euro – nur für die Gebäude wohlgermerkt. Die Notwendigkeit der Bauten bestreitet niemand, nur stellt sich die Frage, woher die Finanzmittel kommen sollen.

Ich bin hier Wehrführer Maik Grundhöfer zu tiefem Dank verpflichtet, weil er genau wie ich, und eigentlich alle politisch Verantwortlichen, immer versucht, das Nötige mit dem Machbaren zu verbinden. Und das mit großem Erfolg, wie ich finde. Trotz Finanznot wurde noch nie so viel Geld in die Feuerwehr investiert wie in den letzten Jahren. Und das wird auch weiter vonnöten sein. Zum einen, weil die Preisschraube auch beim Thema Feuerwehr nicht anhält, zum anderen aber auch deshalb, weil die Zahl der Freiwilligen, die sich hier ehrenamtlich engagieren, stetig sinkt. Denen, die bereit sind, in die Bresche zu springen, ein attraktives Umfeld zu bieten, ist die Mindestvoraussetzung, sie bei der Stange zu halten.

Und trotzdem wird auch das nicht reichen. Wir werden uns angesichts der schon jetzt vorhandenen und sich auf Dauer noch verschärfenden Personalknappheit überlegen müssen, wie wir auch bei der Feuerwehr viel mehr Synergien nutzen

können. Maik Grundhöfer und seine Kolleginnen und Kollegen der Wehrführung sind hier, genauso wie die gesamte Truppe, der Garant für einen offenen Dialog. Das ist gut zu wissen!

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tun gut daran im Gespräch zu bleiben. Für Eigenbrötler sind die Zeiten zu ernst, zu tiefgreifend die Veränderungen. Während die einen angesichts der sich dramatisch verändernden klimatischen Bedingungen Existenzangst verspüren, treibt andere die Sorge um, wie Energie in Zukunft noch bezahlbar bleiben soll. Beide Sorgen sind berechtigt und auf beide gibt es – jedenfalls aus unserer Sicht – eine klare Antwort: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss weitergehen. In Sachen Photovoltaik-Anlagen sind wir dieses Jahr mit der Inbetriebnahme von zwei Anlagen in Nunkirchen und einer in Krettnich ein gutes Stück weitergekommen. In Morscholz wird aktuell gebaut, nach momentanem Stand der Dinge werden in den kommenden Jahren einige weitere Anlagen entstehen.

Nachdem die Landesregierung den verstärkten Ausbau der Windenergie im Saarland klar und deutlich in Gesetzesform gegossen hat, werden wir unsere Aufgaben auch hier erledigen müssen. Die Anlagen in der Nähe der Hochwaldalm sind zwingend erforderlich, zum einen, weil die Verbandsgemeinde Saarburg-Kell sonst dort in unmittelbarer Nähe selbst welche errichtet und wir aufgrund der direkten Nachbarschaft aus technischen Gründen das Nachsehen haben könnten. Zum anderen aber auch deshalb, weil uns sonst die Flächen fehlen, um das gesetzlich verankerte Ziel der Bereitstellung von zwei Prozent der Stadtfläche für die Nutzung zur Erzeugung von Windenergie zu erfüllen. Im Moment scheint es im Übrigen so, als ob auch das 2-Prozent-Ziel demnächst obsolet werden könnte. Die Landesregierung macht Druck, was für uns eine Ausweisung dann von 3,46 Prozent der Stadtfläche bedeutet, was 383,92 Hektar entspricht. Der kaum zu befriedigende Energiehunger von uns allen, aber auch der politisch erklärte absehbare Verzicht auf fossile Brennstoffe sind die Ursache für die hektische Betriebsamkeit, die am Ende darin münden wird, dass mehr Flächen im Land für den Ausbau von Photovoltaik und Windkraft zur Verfügung gestellt werden müssen als bislang.

Die Stadt Wadern hat in Sachen Klimaschutz ihre Hausaufgaben gemacht. Kaum eine Kommune im Land ist in Sachen Photovoltaik-Freiflächenanlagen so gut aufgestellt wie wir. Und auch in Sachen Windkraft brauchen wir uns nicht zu verstecken. Wir haben uns zudem für ein klimaangepasstes Waldmanagement entschieden, investieren Millionenbeträge in die energetische Sanierung

städtischer Gebäude, haben fast unsere gesamte Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt und haben Planungen zur Realisierung von Maßnahmen zum Hochwasserschutz – hier unter anderem einen Gewässerentwicklungs- und Unterhaltungsplan für die Wadrill – und Starkregenvorsorge in Auftrag gegeben. Außerdem verstärken wir unser Team durch zwei Klimaschutzmanager, um die Thematik noch effizienter und zielgerichteter bearbeiten zu können. Am 26. Juli hat der Stadtrat beschlossen, eine professionelle Analyse auf den Weg zu bringen, die klären soll, wer in dieser Stadt wie heizt. Vor allem aber soll die „Kommunale Wärmeplanung“ die Weichen so stellen, dass möglichst viele Haushalte auf Dauer in Sachen Heizen gut aufgestellt sind. Auch bei diesem Beispiel gilt: Die Ereignisse im fernen Berlin – hier die Diskussion um das sogenannte „Heizungsgesetz“, korrekt das „Gebäudeenergiegesetz“ – haben ganz konkrete Auswirkungen auf unser Leben vor Ort. Und sie bestimmen auch die lokale politische Agenda von jetzt auf gleich.

Die Zeiten sind rau. Und die See ist stürmisch. Trotzdem ist auch 2023 vieles umgesetzt worden, was im Schlagzeilen-Dschungel unserer Zeit als Meldung unterzugehen droht: Wir haben 2,3 Kilometer Straßen in größeren Maßnahmen saniert, also neu asphaltiert. Im Haushaltsjahr 2023 wurden die Straßen Zur Alm in Wadrilltal, der letzte zu sanierende Teil der Schillerstraße in Wadern und ein erster Teil der Ortsdurchfahrt Noswendel finanziert und ausgebaut. Darüber hinaus wurden die im vorherigen Doppelhaushalt finanzierten Straßen Breitweg in Rathen, Schillerstraße in Wadern (1. Teil), Probsteistraße in Morscholz, Beckersberg in Büschfeld und die Zufahrt von der Landstraße 148 bis zum Ortseingang Bardenbach fertiggestellt. In der Mitte der Ortsdurchfahrt Bardenbach wurde auf einem 400 Meter langen Abschnitt der Kanal komplett saniert und obendrein eine neue Asphaltdecke aufgezogen. Parallel zu diesen Arbeiten wurde die Dorfbrücke über den Speckenbach erneuert. Diese Verkehrsachse ist somit beginnend mit der Einmündung L 148 bis zum Ortseingang Büschfeld vollständig saniert. Zu diesem bunten Strauß an Maßnahmen gehören noch etliche Begleitarbeiten im Rahmen von Straßensanierungen, die unter Federführung des Landesbetriebs für Straßenbau realisiert wurden. Zusätzlich zu all diesen Maßnahmen hat unser Baubetriebshof 2023 rund 80.000 Tonnen Heiasphalt und zirka 18.000 Tonnen Kaltasphalt verarbeitet und damit schadhafte Stellen in Straßen ausgebessert.

In Wadern und Wadrill werden zudem Fußgängerbrücken erneuert. Was sich wie eine Petitesse anhört, ist keine. Geplante Kosten in Wadern: 60.000 Euro. Für die Brücke in Wadrill werden 30.000 Euro veranschlagt.

Straßen sind in einer Flächenkommune wie unserer Stadt ein wichtiges Thema. Gut zu wissen, dass die Straßenmeisterei den Standort Wadern durch den Neubau eines Stützpunktes aufwertet. Spatenstich war hier 24. November, also vor wenigen Tagen.

Nicht in unserem Aufgabengebiet, aber durchaus in unserem Blickfeld, befindet sich die Thematik des Kreisels an der Birkenfelder Straße. Hier ist der Landesbetrieb für Straßenbau zuständig. Übrigens auch für die Einrichtung der Ampelanlage, was allein rund vier Monate gedauert hat. Der aktuelle Stand der Dinge hier: Im Sommer 2024 soll ein Inliner eingezogen werden. Dafür werden aktuell die Genehmigungen eingeholt und die Vorbereitungen getroffen. Diese Lösung soll dann „die nächsten 40 bis 50 Jahre halten“, heißt es aus Neunkirchen. Ohne in Schuldzuweisungen und Groll verfallen zu wollen, ist diese Schadstelle symptomatisch für das, was in Deutschland schief läuft. Bis eine Lösung gefunden wird, dauert es Wochen und Monate, zuweilen sogar Jahre. Der Stillstand ist allenthalben sichtbar und ikonisch für eine Lähmung durch ein Übermaß an Bürokratie, zu viele Vorschriften, einen eklatanten Mangel an Personal zur Abarbeitung der Fälle und letztendlich eine Überregulierung, die staatliches Engagement quasi zum Erliegen bringt. Und trotzdem: Wir hoffen einfach das Beste für 2024 und bleiben an der Sache dran. Was auch sonst?

Dranbleiben ist ein gutes Stichwort. Der Glasfaserausbau wird uns auch im kommenden Jahr begleiten. Nachdem alle Schulen über einen entsprechenden Anschluss verfügen, wird nun unsere gesamte Stadt seit mehreren Monaten Schritt für Schritt „umgegraben“, quasi jeder Haushalt im Stadtgebiet kann auf absehbare Zeit, wahrscheinlich bis Ende 2025, den Umstieg auf das Turbo-Internet vornehmen. Die wenigen Gebäude, bei denen es – zum Beispiel aufgrund ihrer exponierten Lage – aus privatwirtschaftlicher Sicht partout nicht umsetzbar ist, kostendeckend auszubauen, werden wir in ein Förderprogramm melden. Und anschließend ausbauen.

Für mehr als 98 Prozent der Haushalte wird die energis jedoch einen Anschluss anbieten können. Alle Stadtteile – bis auf den Kernort Wadern, hier besteht noch ein wenig Nachholbedarf – haben die wichtige Vorvermarktungsquote von 30 Prozent nahezu mühelos erreicht. In den meisten Ortschaften lag die Nachfrage

weit höher, was sehr erfreulich ist. Denn zum einen investiert die energis rund 24 Millionen Euro in den stadtweiten Ausbau des Glasfasernetzes. Zum anderen ist es für uns alle wichtig, möglichst viele Haushalte an das superschnelle Netz anzuschließen, um unsere Stadt zukunftsfähig zu machen. Ohne Glasfaser wird in Zukunft nichts mehr laufen. Die heute noch schnellen 100 Mbit/s, über die die meisten Haushalte in der Stadt Wadern verfügen können, sind das Schneckentempo von morgen. Daher lohnt sich der Umstieg nicht nur, um einen Glasfaseranschluss zu besitzen, sondern ist auch eine Frage der Werterhaltung der Gebäude.

Im Saarland spricht man in Bezug auf den Glasfaserausbau mittlerweile vom „Modell Wadern“, worauf ich durchaus stolz bin. Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen im Land verläuft der Ausbau bei uns äußerst partnerschaftlich und nahezu reibungslos. Am 22. September haben wir das erste Glasfasernetz in der Stadt Wadern erfolgreich freigeschaltet. Dem Beispiel Steinberg werden nun nach und nach alle Stadtteile folgen. Die Ausbauarbeiten werden allerdings noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, und das ist auch völlig in Ordnung. An anderen Orten werden Bürgersteige eilig aufgerissen und unsachgemäß wieder zugeschüttet, Leitungen bei den Bauarbeiten beschädigt, Straßen aufgeschlitzt und dann provisorisch asphaltiert. Genau das wollen wir vermeiden und setzen deshalb auf Sorgfalt statt auf Eile.

Mehr Eile, im Sinne eines schnelleren Tempos, hätte ich mir beim Ausbau des Mobilfunknetzes in Löstertal gewünscht. Mitte 2018 begannen die Verhandlungen mit der Telekom über die Errichtung eines Sendemastes in Löstertal. Wenn alles gut läuft, wird er, glaubt man dem Betreiber, im Januar 2024 in Betrieb genommen, also sage und schreibe sechs Jahre nach den ersten Gesprächen zu diesem Thema. Dies sagt viel über unser Land und seine Handlungsfähigkeit aus. Trotz der gefühlten ewigen Wartezeit freue ich mich, dass die ärgerliche Versorgungslücke in Löstertal im Mobilfunknetz nun für alle drei Netzanbieter, also Telekom, Vodafone und O2, der Vergangenheit angehören wird. Gleiches erhoffen wir uns vom Vorhaben, einen Sendemast zwischen Wadrill und Grimburg zu errichten. Auch hier hakt es. Genau wie im Bereich Vogelsbüsch/Altland. Hier haben wir einen entsprechenden Förderantrag initiiert. Man darf gespannt sein, wie lang hier die Bearbeitungszeit ausfallen wird.

Insgesamt dürfen wir uns über die Netzabdeckung in der Stadt Wadern mit 5G jedoch nicht beschweren. Weit über 85 Prozent können das superschnelle 5G-

Netz nutzen, weit über 95 Prozent sind mit LTE versorgt. Das sind im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hervorragende Zahlen. Diese Zahlen sind jedoch nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis unserer ständigen Gespräche mit den Versorgern. Man muss eben dranbleiben.

Und wir sind ganz nah dran, auch an allen Projekten, die privat gestemmt werden. Nehmen wir als Beispiel den Bebauungsplan, der aus dem Golfpark in Nunkirchen ein Golfressort machen soll. Den Aufstellungsbeschluss hat der Stadtrat am 25. Mai gefasst. Wird der Plan so, wie aktuell vorgesehen, realisiert, sprechen wir hier über eine Investition von rund 20 Millionen Euro. Eine Investition in den Breitensport Golf – sicherlich. Aber noch viel mehr eine Investition in unsere touristische Infrastruktur, denn die Ferienwohnungen und Freizeitangebote, die in Nunkirchen entstehen sollen, stehen natürlich nicht nur Golferinnen und Golfern, sondern all unseren Gästen zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort, wo private Initiativen ergriffen werden, sind wir mit Rat und Tat zur Stelle. Das zahlt sich aus! Mein Dank gilt allen, die in unsere Stadt investieren. Wir brauchen Sie, wir brauchen Euch. Gemeinsam gestalten wir die Zukunft dieser Stadt.

Dazu gehört auch das Zuhören. Diese Erfahrung durfte ich während meiner Sommerradtour durch alle Stadtteile machen. Das Interesse an einem Gespräch in ungezwungener Atmosphäre war groß. Der Weg in die Zukunft erfordert jedoch auch Solidarität. Umso mehr hat es mich gefreut, dass bei meiner spontan auf die Beine gestellten Spendenaktion für die „Waderner Tafel“ Ende vergangenen Jahres 18.500 Euro für den guten Zweck zusammengekommen sind. Damit hätte ich niemals gerechnet. Das Ergebnis zeigt, dass das Mitgefühl groß ist und die Bereitschaft, unbürokratisch zu helfen, ebenso. Dies haben auch die verschiedenen Spendenaktionen nach den verheerenden Bränden in Lockweiler und Wadrill gezeigt.

Die Sorge um unsere Familien, unsere Nachbarn und unsere Freunde verbindet uns. Und manchmal verbindet uns auch die Gewissheit, dass ein vermeintlich Fremder einem das Leben rettet. Am 22. April wurde auf dem neu gestalteten untern Montmorillon-Platz eine ganz besondere Stele eingeweiht. Sie erinnert an die Menschen, die durch eine Organspende das Leben eines anderen Menschen gerettet haben. Und lenkt damit unsere Aufmerksamkeit auf ein Thema, das wir nur allzu gerne aus unserem Leben verbannen. Nämlich die Vergänglichkeit unseres Seins. Die Gewissheit, anderen zu helfen weiterzuleben,

auch wenn im Falle eines Falles das eigene Leben zu Ende geht, hat etwas Versöhnliches. Genau deshalb haben wir mit dem bewusst publikumswirksam ausgewählten Platz für die Gedenkstele das Thema Organspende in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, 2023 war ohne Zweifel ein Jahr mit Licht und Schatten, mit Höhen und Tiefen. Wir freuen uns, dass der langjährige Ortsvorsteher von Lockweiler Josef Serwe für seine kommunalpolitischen Verdienste mit der „Freiherr-vom-Stein-Medaille“ ausgezeichnet und vom Stadtrat zum Ehrenortsvorsteher ernannt wurde. Wir freuen uns über Auszeichnungen, über Ehrungen und das gemeinsam Erreichte, sind jedoch auch traurig darüber, dass Menschen, die uns lieb und teuer waren, nicht mehr unter uns sind. Denken wir an Berthold Müller, den früheren Bürgermeister dieser Stadt, der uns am 22. April im Alter von 89 Jahren verlassen hat. Denken wir aber auch an die anderen, an Freunde, Bekannte, Kolleginnen und Kollegen, an Familienmitglieder, die dieses Jahr ihren Lebensweg beendet haben.

Genau dann lohnt es sich, innezuhalten. Einkehr ist wichtig. Nur so wird unser Alltag relativiert. Nur so machen wir uns bewusst, dass es jenseits aller Dispute, jenseits jeder Auseinandersetzung wichtig ist, den Blick für das Wesentliche zu behalten, nämlich für ein friedliches und respektvolles Miteinander.

2024 wird ein spannendes Jahr, nicht zuletzt auch politisch. Am 9. Juni stehen Kommunalwahlen an. Am gleichen Tag sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, den Inhaber des Amtes des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin dieser Stadt neu zu bestimmen. Was erhoffen wir uns von diesen Wahlen? Nun, ganz einfach: Engagierte Menschen, die ihre Bereitschaft signalisieren, sich für ihre Heimat einzusetzen, und die damit zeigen, dass Politikverdrossenheit niemandem weiterhilft. Wir wollen und wir brauchen die Besten für unsere Räte. Gleiches gilt für den Leiter oder die Leiterin des Rathauses. Ich werfe meinen Hut dafür gern in den Ring. Genau deshalb, weil ich an diese Stadt und ihre Zukunft glaube.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich über eine Atmosphäre in diesem Rat, die Konsens und damit Fortschritt möglich macht. Ich freue mich über ein grundlegendes Vertrauen in die Arbeitsweise und das Handeln der Verwaltung, mit mir an der Spitze, und darf Ihnen versichern, dass dieses Vertrauen auf Gegenseitigkeit beruht. Dafür geht der Dank meiner Verwaltung

an Sie als Mandatsträgerinnen und -träger, begleitet von meiner ganz persönlichen Hochachtung und Anerkennung.

Ein herzliches Dankeschön geht auch an die Kolleginnen und Kollegen, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher mit ihren Ortsräten, deren engagierte Arbeit dazu beiträgt, unsere Dörfer lebendig und lebenswert zu erhalten.

Ich danke ebenso meinen drei Beigeordneten Karlheinz Seimetz, Jürgen Kreuder und Manfred Paulus, die auch in diesem Jahr wieder jede Menge zu tun hatten. Wie jedes Jahr kann ich euch auch diesmal keine Entwarnung für 2024 geben. Es bleibt spannend, und es wird erneut stressig.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, ich danke Ihnen für das unglaublich vielfältige ehrenamtliche Engagement, das unser gesellschaftliches Miteinander prägt und bedingt. Ein herzliches Dankeschön an Sie alle für das Gute, das im Stillen, in der Nachbarschaft und der Dorfgemeinschaft bewirkt wird.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr 2024. Diese Wünsche gelten natürlich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wadern, die ich auch im Namen des Stadtrates überbringe.

Auch und besonders im Namen von
Markus Wollscheid für die CDU-Fraktion,
Michael Dewald für die SPD-Fraktion,
Bernd Theobald für die Fraktion ProHochwald,
Peter Rohles für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und Manfred Paulus von den Freien Wählern Wadern.

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt viel darüber gesprochen, wie sehr die Welt da draußen mit unserer Welt hier verbunden ist. Wir haben nur sehr mittelbaren Einfluss darauf, was die große Politik entscheidet und welche Wirkung weltumspannende Ereignisse auf uns haben. Wir haben jedoch sehr viel Einfluss darauf, was hier bei uns vor Ort geschieht. Der Schweizer Staatsrechtler Carl Hilty hat dafür folgenden Ratschlag parat: „Achte auf das Kleine in der Welt, das macht das Leben reicher und zufriedener.“ Sie können versichert sein, dass wir auf unsere kleine Stadt auch 2024 ganz genau Acht geben werden. Sie ist uns lieb und teuer und jedes Engagement wert.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.